



Kühne Ständeräte lancieren Solar-Anbauschlacht *Die kleine Kammer will grosse Photovoltaikanlagen in den Alpen forcieren*



An der Staumauer des Lago di Lei im Val Ferrera sind im vergangenen August Solarpanels installiert worden. GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

CHRISTOF FORSTER, BERN

Inhaltlich und im Prozedere macht der Ständerat Aussergewöhnliches. Vielleicht haben einige Politiker deshalb die grossen Bausteine aus ihren Rhetorik-Baukästen hervorgeholt. FDP-Ständerat Ruedi Noser sagte am Donnerstag in der Debatte: «Die Menschen brauchen Leuchttürme, und diese geben wir ihnen mit diesem Projekt.» Wenn es gelinge, in den Alpen mit Photovoltaik (PV) viel Winterstrom zu produzieren, werde wohl der eine oder andere Hausbesitzer erwägen, sein Haus mit Solar-

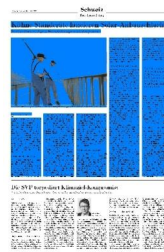
zellen auszurüsten. Noser: «Wir können der Bevölkerung die Zuversicht geben, dass wir in der Lage sind, unsere Probleme zu lösen.»

Stromknappheit im Winter

Mitte-Ständerat Pirmin Bischof sprach von einem mutigen Schritt, in einem dringlichen Bundesgesetz unter Umgehung sämtlicher bisherigen Verfahrensvorschriften grosse Alpen-Solaranlagen zu bewilligen. Und gesetzgeberisch gesehen sei es ein kühner, aber in dieser Situation richtiger Schritt, sagte

der Rechtsanwalt. Laut seinem Parteikollegen Beat Rieder ist der Ständerat in der Schweiz das richtige Organ, um hier endlich einmal ein Zeichen zu setzen.

Es gab auch skeptischere Stimmen. In Anspielung an die Zugeständnisse beim Landschafts- und Umweltschutz meinte SP-Ständerat Roberto Zanetti, er habe über einen dunkelschwarzen Schatten springen müssen. Und, den früheren FDP-Präsidenten Philipp Müller zitierend: «Der Übergang vom Leuchtturm zum Armleuchter ist gelegentlich fliessend.» Bei Leuchtturmprojekten bestehe das Risiko, dass



plötzlich ein Rohrkrepierer entstehe und die Sache in einer Referendumsabstimmung untergehe.

Treiber der Solar-Offensive war neben Noser der Walliser Mitte-Politiker Rieder. In seinem Votum verschaffte der nüchterne Analytiker und Taktiker dem Projekt die notwendige Erdung. Ausgangslage der Diskussion in der Kommission sei die Beurteilung des Bundesrats gewesen, dass die Versorgung der Schweiz mit Strom in den kommenden Wintern gefährdet sei. Im Winterhalbjahr fehlten mindestens zwei Terawattstunden Strom.

Kurzfristig kann der Gesetzgeber laut Rieder nur eines tun, um die Stromproduktion im Winter zu erhöhen: den Bau von PV-Anlagen in den Alpen forcieren. Solche Installationen produzieren im Winter mehr Strom, weil sie oberhalb der Nebelgrenze liegen und die Sonnenstrahlen im Schnee reflektiert und dadurch mit beidseitig aktiven Panels besser genutzt werden können. Die bis jetzt grösste Solaranlage in den Alpen befindet sich an der Mutsee-Staumauer auf 2500 Metern. Die bisherigen Erfahrungen seit 2021 haben gezeigt, dass die Anlage in den Wintermonaten rund dreimal mehr Strom produziert, als eine vergleichbare Anlage im Mittelland.

Mitfahrgelegenheit gesucht

Weil es schnell vorwärtsgehen soll, haben Rieder und seine Mitstreiter ein aussergewöhnliches Verfahren gewählt. Sie haben für das dringliche Bundesgesetz ein Vehikel, eine Art Mitfahrgelegenheit, gesucht. Fündig wurden sie beim indirekten Gegenentwurf zur Gletscherinitiative. Inhaltlich gehören laut Rieder die Themen – Klima- und Energiepolitik – zusammen. Auch das Tempo passt: Der indirekte Gegenentwurf steht im Differenzbereinigungsverfahren und wird voraussichtlich am Ende der Herbstsession bereit sein für die Schlussabstimmung.

Rieder und mit ihm viele im Ständerat hoffen, dass die Solar-Offensive zum

eigentlichen Befreiungsschlag wird. Seit Jahren würden alle grösseren Projekte zur Mehrproduktion mehr oder weniger blockiert. Paradebeispiel ist laut dem Walliser Politiker die Erhöhung der Staumauer am Grimsel, wo man nach 20 Jahren zurück auf Feld eins sei.

Umfassende Erleichterungen

Inspirieren lassen haben sich die Energieminister von zwei Projekten im Wallis: den geplanten Solaranlagen bei Gondo (23 Gigawattstunden Strom im Jahr) und Grengiols (bis zu 2000 Gigawattstunden). Seit Jahren werden solche Anlagen vom früheren SP-Präsidenten Peter Bodenmann und seinem Umfeld propagiert. Jetzt soll es für solche PV-Anlagen umfassende Erleichterungen geben. Der Ständerat folgt weitgehend seiner Kommission und will die Pflicht zum Planungsverfahren und zur Umweltverträglichkeitsprüfung aufheben. Zudem steht das Interesse an ihrer Realisierung über anderen Interessen von nationaler oder kantonaler Bedeutung, etwa Landschafts- und Naturschutz. Die Bedingungen sind, dass Grundeigentümer und Standortgemeinden ihre Zustimmung geben. Die Anlagen müssen im Minimum 10 Gigawattstunden Strom pro Jahr produzieren. Dafür wird eine Fläche von rund sechs Fussballfeldern benötigt. Die Kommission wollte diesen Wert ursprünglich bei 20 Gigawattstunden ansetzen.

Energieministerin Simonetta Sommaruga zeigte sich erfreut über die kühnen Ständeräte. Rieder habe einen Antrag auf eine eigentliche Solarwende in der Schweiz gestellt. Ganz wohl war es ihr jedoch nicht angesichts der Übersteuerung von geltendem Recht. Sie gab zu bedenken, dass ein derart rasches Vorgehen nur im Ausnahmefall in Betracht gezogen werden sollte – auch mit Blick auf die Akzeptanz solcher Anlagen in der Bevölkerung.

Der Ständerat hat – ganz im Sinne von Sommaruga – Leitplanken gesetzt. Wenn das Zubauziel von 2 Terawattstunden erreicht ist, greifen wieder die ordentlichen Verfahren. Es kommen

nur alpine Anlagen infrage, für die der Kanton die Bewilligungskompetenz hat. Auch die Zustimmung der Standortgemeinde ist notwendig. Das Projekt in Grengiols hat die Gemeindeversammlung bereits ohne Gegenstimme gutgeheissen. Eine weitere Voraussetzung: Es muss schnell gehen mit Planung, Bewilligung und Bau; Ende 2025 müssen die Anlagen mindestens teilweise am Netz sein. Sie erhalten vom Bund einen einmaligen Zuschuss von 50 bis 60 Prozent an die Investitionskosten. In geschützten Mooren und Moorlandschaften darf nicht gebaut werden.

Umstritten war das zweite Standbein der Solar-Offensive: die Pflicht zu einer PV-Anlage auf sämtlichen Neubauten. Der SVP-Vertreter Hannes Germann warnte vor einem Schnellschuss und

Die Solaranlage an der Mutsee-Staumauer auf 2500 Metern produziert im Winter rund dreimal so viel Strom wie eine vergleichbare Anlage im Mittelland.

einer Bevormundung der Kantone. In Kantonen, die über ein Energiegesetz abgestimmt hätten, seien solche Zwangsmassnahmen abgelehnt worden. Der Bundesrat unterstütze die Vorgabe, sagte Sommaruga. Nur bei 3000 der im Jahr 2020 erstellten 12 000 Neubauten seien PV-Anlagen installiert worden. Das sei eine verpasste Chance: PV-Anlagen auf Gebäuden seien meist unbestritten und lieferten dort Strom, wo er gebraucht werde. Mit 25 zu 18 Stimmen entschied sich der Ständerat für die PV-Pflicht auf Gebäuden.

Nationalrat schon bald am Zug

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 87'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 11
Fläche: 84'217 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 85579953
Ausschnitt Seite: 3/3

Nachdem die Vorlage inhaltlich bereinigt worden war, löste der Ständerat die Mitfahrgelegenheit auf. Mit 43 zu 0 Stimmen (1 Enthaltung) unterstützte er Rieders Abspaltungsantrag, die Solar-Offensive aus dem indirekten Gegenentwurf zur Gletscherinitiative herauszulösen und in einem dringlichen Bundesgesetz zu verankern. In der Gesamtabstimmung hiess der Ständerat die Gesetzesvorlage mit 40 zu 0 Stimmen und 4 Enthaltungen aus den Reihen der SVP gut.

Bereits am Montag wird die Energiekommission des Nationalrats über das Gesetz beraten. Vertreter von FDP und Mitte haben erklärt, vom Gesetzes-Schnellzug profitieren zu wollen. Sie werden beantragen, auch Projekte der Wasser- und Windkraft sowie der Geothermie aufzunehmen. Im Ständerat scheint die Bereitschaft vorhanden, Wünsche aus dem Nationalrat zumindest wohlwollend zu prüfen.